

Grossratssession Dezember 2017: Bericht der SP See-Deputation

Legislaturprogramm und Finanzplan 2017 – 2021

Das hübsch illustrierte und leicht lesbare Legislaturprogramm täuscht nicht darüber hinweg, dass die dem Kanton zur Verfügung stehenden Finanzen für die Umsetzung der programmierten Vorhaben nicht ausreichen. Es wurde kritisiert, dass keine innovativen, oder bereits beschlossenen, aber noch immer nicht umgesetzten Projekte angepackt werden. Trotz Wirtschaftsförderung und erfolgter Steuersenkungen in den letzten Jahren sind die Unternehmen mit hoher Wertschöpfung dem Kanton ferngeblieben. Ein Lichtblick sieht die SP in der neuen Raumplanung, damit der Kanton nicht nur als Wohnort aufgesucht wird, sondern auch als Arbeitsort an Attraktivität gewinnen kann, weil die Aufteilung des Bodens im Interesse der Gesellschaft erfolgen soll und nicht mehr gestützt auf Partikularinteressen. Erwähnt wurden auch fehlende Stellenbesetzungen, z.B. im Jugendamt, oder die schon lange erwartete Verbesserung der Ergänzungsleistungen. Schliesslich steht auch der Kanton Freiburg mitten im Strom der Digitalisierung. Bereits in der Volksschule muss das Verständnis der digitalen Möglichkeiten vermittelt werden, aber auch am Gymnasium und in den Berufsfachschulen. Die Hochschulen müssen dazu forschen, um der Bevölkerung die notwendigen Instrumente für die Bewältigung der Digitalisierung zur Verfügung zu stellen. Notwendig sind auch Weiterbildungen für geringqualifizierte und ältere Arbeitnehmende. Diese Aufgaben können nicht ohne zusätzliche Mittel bewältigt werden.

Neues Asylzentrum im Perollesquartier: Nachdem eine Asylunterkunft in Düringen geschlossen wurde und eine andere in der Stadt selber bald schliessen muss, ist der Erwerb eines Gebäudes von der Gemeinschaft der Dominikanerinnen, das Foyer Sainte-Elisabeth, eine einmalige Chance. Es soll der Unterbringung von 90 unbegleiteten minderjährigen sowie von 18- 25-jährigen Asylsuchenden dienen. Nach der Renovation der Küche können die Jugendlichen im Hause selber die Kochlehre absolvieren und bis zu 150 Mahlzeiten für das Gebiet rund um das Foyer zubereiten. Der Grosse Rat war überzeugt, dass auch die Lage des Gebäudes mitten in der Stadt und in der Nähe der Schule zu einer optimalen Integrationsmassnahme für diese Jugendlichen beiträgt, die ohne ihre Familien hierhergekommen sind und unvorstellbare traumatische Erlebnisse zu verarbeiten haben. Es bereitete Hühnerhaut, als zwei Grossräte aus der extremen rechten Ecke fanden, das Gebäude sei für die ohnehin «kriminellen Jugendlichen» ein wahrer Luxus, Zivilschutzanlagen würden ausreichen.

Gesetz über die Oberamtmänner: Der Grosse Rat hat einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach die Oberamtmänner ihr Personal, insbesondere auch den Vizeoberamtmann, neu selber anstellen können. Die bisher auf Freiwilligkeit basierende Oberamtmännerkonferenz soll zudem institutionalisiert werden. Der Staatsrat bleibt aber noch die Aufgabe, eine umfassende Revision des Gesetzes vorzulegen. Die SP hofft auf tiefgreifende Änderungen des Oberamtmannsystems.

Ein Farbtupfer der Session war die Wahl des Bundespräsidenten, Alain Berset, der noch vor ein paar Jahren als Verfassungsrat in unserem Grossratssaal seine Spuren als Politiker abverdient hatte. Herzliche Gratulation!

Die SP-Deputation: Chantal Müller, Julia Senti, Bernadette Hänni-Fischer